



Medienmitteilung

Zürich, 24. Februar 2022

Beschlüsse der Kommissionen

KSSG: SVA soll Prüfung der Krankenversicherungspflicht übernehmen

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz zu ändern, damit der Sozialversicherungsanstalt (SVA) Aufgaben bei der Prüfung der Krankenversicherungspflicht für bestimmte Personengruppen übertragen werden können ([5750](#)). Die SVA soll neu über Ausnahmen und Befreiungen von der Versicherungspflicht entscheiden. Uneinig war sich die Kommission bei der Gebührenregelung. Die Kommissionsmehrheit ist der Ansicht, dass die SVA für diese Aufgabe keine Gebühren erheben darf. Die Prüfung der Krankenversicherungspflicht soll wie bisher nicht entschädigt werden. Eine Minderheit (SVP, Grüne, Mitte) folgt hingegen dem Antrag des Regierungsrates und möchte mit dieser Gesetzesänderung neu die Möglichkeit einer Gebührenerhebung für gewisse Leistungen schaffen.

KSSG-Präsident: Benjamin Fischer (SVP, Volketswil), 079 394 13 37

KPB: Informationspflicht bei Verhängung von Planungszonen soll abgelehnt werden

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat mit 13 zu 2 Stimmen, die parlamentarische Initiative «Informationspflicht bei Verhängung von Planungszonen» abzulehnen ([KR-Nr. 48/2019](#)). Die Initiative zielt darauf ab, den Gemeinden eine Informationspflicht über die Festsetzung von Planungszonen aufzuerlegen, damit Grundeigentümerinnen und -eigentümer vorgängig informiert werden und allenfalls in Form von Baugesuchen dagegen vorgehen könnten. Aus Sicht der Kommissionsmehrheit würde eine solche Pflicht jedoch den Zweck von Planungszonen unterlaufen, da diese darauf abzielen, die beabsichtigte Nutzungsplanung der Gemeinden abzusichern. Außerdem würde eine solche Informationspflicht eine nicht zu rechtfertigende Ungleichbehandlung in Bezug auf andere Planungsinstrumente, beispielsweise Umzonungen oder Gestaltungspläne, nach sich ziehen. Die Kommissionsminderheit unterstützt das Anliegen der parlamentarischen Initiative. Aus ihrer Sicht verhindert eine Planungszone grundsätzlich das Bebauen von Parzellen, was zu einer grossen Einschränkung der Eigentumsrechte führe.

KPB-Präsident: Andrew Katumba (SP, Zürich), 079 336 28 82

Auf dem vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.